

IMPULSE 2026

ROMAN HERZOG INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft

DENKANSTÖSSE AUS DER WISSENSCHAFT

Zukunft der Menschheit | Medienmündigkeit | Wert der Neugier |
Forschung: Interview mit Achim Wambach | Mehr Resilienz wagen |
Lebensschutz | Demokratie | Verfassungstreue



Wissen im digitalen Doppelpack

Wissenschaft verstehen, Menschen kennenlernen

RHI-Kontexte

Gastgeber:
Dr. Martin Lang



RHI-Podcasts

Gastgeberin:
Tina Maier-Schneider



Jeden Donnerstag neu – ab 18:00 Uhr auf dem RHI-YouTube-Kanal



Einblicke

Die gesellschaftliche Transformation wird zum Testfall für die Demokratie.

Das zurückliegende Jahr brachte für uns einige Veränderungen mit sich: Seit Mai ist eine neue Regierung im Amt. Mit einem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro sollen der Strukturwandel vorangetrieben und die Wirtschaft angekurbelt werden. Gleichzeitig ist die AfD im Bund zur zweitstärksten Partei aufgestiegen. Unser Land befindet sich mitten in einem politischen und gesellschaftlichen Umbruch.

Wir stehen an einem Wendepunkt, sagen die Autoren der vorliegenden IMPULSE-Ausgabe. Aus der Perspektive ihrer jeweiligen Disziplin ordnen sie die Entwicklungen des vergangenen Jahres ein. In ihren Beiträgen sprechen sie Empfehlungen für einen künftigen Kurswechsel aus.

»Alles muss sich ändern, damit alles bleiben kann, wie es ist«, schreibt der Schriftsteller Giuseppe Tomasi di Lampedusa in dem Roman »Der Leopard«. Genau darin besteht auch die Kernaussage der hier versammelten Impulse: Jetzt müssen die Weichen so gestellt werden, dass wir auch weiterhin in einer offenen demokratischen Gesellschaft leben und unseren wirtschaftlichen Wohlstand wahren können. Erneuerung tut not – in der Wirtschaft durch mehr Innovation. In der Wissenschaft durch intensive Grundlagenforschung. In der Rechtsprechung durch stetiges Nachjustieren unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Viele der vor uns liegenden Aufgaben können wir als Nation nicht allein bewältigen. So werden wir in der Klimapolitik wie auch bei der interna-



tionalen Friedenssicherung nur Fortschritte erzielen können, wenn wir auf globaler Ebene enger zusammenarbeiten. Doch die Vereinten Nationen sind 80 Jahre nach ihrer Gründung selbst in einer tiefen Krise und dringend reformbedürftig: So zerrissen, handlungsunfähig und ineffizient, wie sie aktuell erscheinen, sind sie weit entfernt von ihrem Anspruch, den Weltfrieden zu sichern und das Völkerrecht durchzusetzen.

Eine Gesellschaft im Wandel verlangt den Bürgerinnen und Bürgern einiges ab: Offenheit, Neugier und die Fähigkeit, Ungewissheiten auszuhalten und sich an Veränderungen anzupassen. Viele fühlen sich davon überfordert, sie wollen an Bewährtem festhalten, schotten sich ab. Sie werden empfänglich für politische Desinformation, für Populismus und Extremismus. Die Transformation wird somit auch zum Testfall für die Demokratie.

Umso wichtiger ist es, gesellschaftliche Entwicklungen durch kritische Reflexion zu begleiten.

Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
Roman Herzog Institut e.V.



Zukunft der Menschheit

Auf dem Weg zum Panikpunkt

Thomas Metzinger

Prof. Dr. em. Thomas Metzinger arbeitet als Philosoph seit vielen Jahren an der Schnittstelle zwischen der Philosophie des Geistes und der Kognitionswissenschaft. Er war Mitglied der **EU-High-Level Expert Group on Artificial Intelligence** und wurde 2022 in die Nationale Akademie der Wissenschaften gewählt.

Intellektuelle Redlichkeit ist etwas Grundkonservatives: Sie bedeutet, dass man der Versuchung widersteht, sich selbst etwas in die Tasche zu lügen. Intellektuelle Redlichkeit ist der ernsthafte Versuch, den Tatsachen ins Auge zu schauen. Es geht darum, den inneren Anstand zu bewahren und dadurch die eigene geistige Integrität zu schützen.

Das aber wird zunehmend schwerer: Die wissenschaftlichen Fakten, also alles, was wir über die Trägheit der physikalischen Systeme, die Trägheit des menschlichen Geistes und die Trägheit unserer politischen Institutionen wissen, deuten darauf hin, dass der Klimawandel einen unkontrollierten und katastrophischen Verlauf nehmen wird. Es ist intellektuell unredlich geworden, etwas anderes zu glauben.

Die Menschheit läuft auf verschiedene neuartige Kipppunkte zu – und manche dieser Kipppunkte werden psychologischer Natur sein. Der »globale Panikpunkt« wird der historische Moment sein, in dem die große Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten plötzlich zwei einfache Tatsachen nicht nur intellektuell, sondern auch emotional und intuitiv wirklich *begreifen* wird. Tatsache eins: Alles, was man ihnen in den vergangenen Jahrzehnten über den Klimawandel und die planetare Krise erzählt hat, ist tatsächlich wahr. Tatsache zwei: Es ist jetzt zu spät, denn die Katastrophe beschleunigt sich nicht nur, sie ist auch unumkehrbar geworden.

Der globale Panikpunkt wird ein entscheidender psychologischer Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit sein. Die Menschheit läuft auf verschiedene Kipppunkte zu – solche für das Klimasystem unserer Erde sind zum Beispiel das Abschmelzen des grönländischen oder des westantarktischen Eisschildes, Methan- und Kohlendioxidemissionen aus auftauenden Permafrostböden in der Tundra, die Abholzung tropischer Regenwälder, ein Kollaps der atlantischen Umwälzströmung oder der Zusammenbruch des indischen Sommermonsuns. Ein Kipppunkt ist genau der Moment,

in dem eine bisher scheinbar geradlinige Entwicklung abrupt abbricht, in dem das Gesamtsystem aufgrund von Rückkopplungseffekten seine Richtung ändert oder stark beschleunigt wird. Es wird aber auch mindestens einen entscheidenden psychologischen Kippunkt in der Geschichte der Menschheit geben, denn unser emotionales Selbstverständnis, unser Selbstmodell wird sich ändern: Wir alle sind Mitglieder einer scheiternden Spezies. Die Zukunft ist nicht mehr offen und es gibt keinen Weg zurück.

Das, was viele von uns nun lernen müssen, könnte etwas ganz Neues sein – gemeinsam in Würde zu scheitern.

Nach dem Panikpunkt wird große Unruhe herrschen, nichts wird mehr so sein wie vorher. Es ist jedoch unmöglich, seriös vorherzusagen, wann und wie genau wir den globalen Panikpunkt erreichen werden – denn so wie es im Klimasystem der Erde mehrere zusammenhängende Kippelemente gibt, so existiert auch hier eine Vielzahl von ineinandergreifenden Faktoren. Zu behaupten, dass wir den exakten zeitlichen Pfad in den ökologischen Kollaps auch nur ansatzweise erkennen können, wäre also ebenfalls eine grobe Form von intellektueller Unredlichkeit. Aber dass wir ihn erreichen werden, das ist nun so gut wie sicher. Optimismus ist keine Option mehr. Und irgendwann wird die Einsicht in die Unumkehrbarkeit der Katastrophe auch das Internet erreichen und sich viral verbreiten.

Es gibt allerdings einige allgemeine Aspekte, die sich relativ leicht prognostizieren lassen. Die jetzt noch ungeborenen Jungen werden die Alten verachten. Wir werden sehr wahrscheinlich eine starke Zunahme von Öko-Terrorismus erleben. Für die Vertreter der Fossilindustrie,

für die Lobbyisten, für all jene Medienvertreter, Finanzdienstleister und Großinvestoren, die die Entwicklung sehenden Auges vorangetrieben haben, wird das Leben nach dem Panikpunkt sehr gefährlich werden. Ebenfalls leicht vorherzusagen ist das Aufkommen immer neuer Verschwörungstheorien, neuer religiöser Bewegungen sowie ein weiteres Erstarken des Populismus. Wir werden große Migrationsbewegungen erleben, das Entstehen von Wohlstandsfestungen und natürlich auch Verteilungskriege und militärische Konflikte rund um den Globus. Auch das Wort »Vergangenheitsbewältigung« wird eine völlig neue Bedeutung bekommen: Die Aufarbeitung der Schuldfrage wird nicht mehr nur einzelne Länder betreffen, sondern einen großen Teil der Menschheit als Ganze.

Wir leben deshalb in einer besonderen Epoche. Das, was viele von uns nun lernen müssen, könnte etwas ganz Neues sein – gemeinsam in Würde zu scheitern. Für all jene, die den inneren Anstand bewahren und die eigene geistige Integrität schützen wollen, entsteht eine neue Fragestellung: Wie bewahrt man seine Selbstachtung in einer Zeit, in der die Menschheit ihre Würde verliert?

Neueste RHI-Studie

Im internationalen Vergleich beleuchtet Prof. Nils Goldschmidt mit Co-Autoren den starken Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und wirtschaftlichem Erfolg.



Prof. Dr. Nils Goldschmidt



RHI-Studie





Medienmündigkeit

Warum die offene Gesellschaft Desinformation bekämpfen muss

Bernhard Pörksen

Prof. Dr. Bernhard Pörksen ist Medienwissenschaftler an der Universität Tübingen. Letzte Buchveröffentlichung: »Zuhören. Die Kunst, sich der Welt zu öffnen« (Hanser). Die Bildungsvision einer redaktionellen Gesellschaft führt er in dem Buch »Die große Gereiztheit« (Hanser) genauer aus.

Vielleicht eine persönliche Bemerkung zu Beginn: Ich war lange der Auffassung, dass wir – trotz Desinformation und Propaganda, trotz der Fake-News-Schwemme und der allgemeinen Überhitzung des Kommunikationsklimas – eine Übergangsphase im Prozess einer laufenden Medienrevolution erleben, eine digitale Pubertät vernetzter Gesellschaften. Und dass wir uns da wieder irgendwie herausbewegen – in Richtung einer tatsächlich medienmündigen Gesellschaft. Die Rede von der digitalen Pubertät war für mich eine Hoffungsmetapher, ein im Grundsatz optimistisches Bild.

Inzwischen meine ich, dass uns die Zeit wegläuft, zumal in einer Welt der asymmetrischen Wahrheitskriege mit maximal skrupellosen Playern. Offene Gesellschaften, davon bin ich inzwischen überzeugt, müssen aufhören, wie bisher ihre eigene Mutlosigkeit und Verzagtheit zu kultivieren.

Was also tun, wissend, dass Pessimismus Zeitverschwendung ist und Demokratie kein Zuschauersport? Drei Vorschläge.

- Zum einen braucht es eine Stärkung der individuellen Urteilskraft, eine nie gekannte, normativ entschiedene **Bildungsanstrengung** im Ringen um Medienmündigkeit auf der Höhe der digitalen Zeit. Hier reagiert das deutsche, föderalistisch zersplitterte Schulsystem noch immer viel zu langsam, zu technologiegläubig, zu konfus – leider. Um es klar und undiplomatisch zu sagen: Es reicht nicht, an einem Morgen, bevor es hell wird, ein paar Paletten mit iPads über den Schulgebäuden der Republik abzuwerfen. Es reicht nicht, weiter an einem inhaltlich und konzeptionell misslungenen Digitalpakt festzuhalten, der die Schulen dazu verpflichtet, jeweils individuelle Konzepte der Medienbildung einzureichen. Es reicht nicht, stoisch weiter zu behaupten, dass man in allen Schulfächern doch längst ein bisschen Medienanalyse irgendwie mitmacht. Es braucht in Zeiten einer laufenden Kommunikations- und Medienrevolution

und vor dem Horizont der neuen Macht von Propaganda ein eigenes Schulfach – als systematischen Ort zur Reflexion und zur Ausbildung von Medienmündigkeit. Anders wird es nicht gehen.

- Zum anderen ist eine behutsame **Regulierungsanstrengung** nötig. Desinformation zu bekämpfen, ohne die Kommunikationsfreiheit zu stark einzuschränken – darauf kommt es an. Festhalten lässt sich immerhin: Die Europäische Union ist mit dem Digital Services Act durchaus auf dem richtigen Weg, braucht aber im Angesicht der Drohungen aus den USA (beispielsweise formuliert durch den US-Vizepräsidenten J. D. Vance während der 61. Münchner Sicherheitskonferenz) Geschlossenheit, Entschiedenheit und ein couragiertes Eintreten für geltendes Recht.
- Schließlich ist eine **Aufklärungsanstrengung** nötig, die aus dem Journalismus selbst kommen muss. Der Journalismus der Zukunft sollte transparent und dialogisch sein, getragen von Einsicht, dass man auf die Solidarität der Leserinnen und Leser angewiesen ist wie nie zuvor. Denn Fakt ist: Diejenigen, die man früher das Publikum genannt hätte, sind heute selbst medienmächtig. Sie sind zur fünften Gewalt der vernetzten Vielen geworden, recherchieren und publizieren längst in Eigenregie. Und Fakt ist auch: Die Werbeanzeigen brechen dramatisch ein, auch hier verschieben sich die Gewichte zugunsten einiger weniger Digital-Giganten. Allein im Jahr 2024 konnten drei Unternehmen – Google,

Facebook bzw. Meta und Amazon – mehr als die Hälfte aller Werbeeinnahmen weltweit für sich verbuchen.

Es gilt also schon aus unser aller Interesse als Mediennutzer, aber auch im Bemühen um Medienmündigkeit, immer wieder neu zu erklären, wie Nachrichtenströme gefiltert werden, warum es wahrheitsorientierte Tiefenrecherchen braucht und wie teuer eine seriöse Berichterstattung sein kann. Auch dies wäre ein Beitrag der Medienmacher zur Stärkung der Urteilskraft und ein möglicher Weg in die redaktionelle Gesellschaft der Zukunft, in der journalistische Maximen und Prinzipien (Bemühen um Wahrheitsorientierung, Quellenprüfung, Orientierung an Relevanz und Proportionalität etc.) irgendwann zu einem Element der Allgemeinbildung geworden sind.

»
**Offene Gesellschaften müssen
 aufhören, wie bisher ihre eigene
 Mutlosigkeit und Verzagtheit
 zu kultivieren.**
 «

Neues Mitglied im Ehrenbeirat



Das Roman Herzog Institut (RHI) begrüßt mit dem Historiker und Publizist Prof. Dr. Michael Wolffsohn ein neues Mitglied in seinem Ehrenbeirat. Das RHI möchte mit seiner Arbeit strategisches Denken fördern, wofür es in Deutschland einen Bedarf gibt. Um dies voranzutreiben, braucht es ausgewiesene Expertise. Mit Michael Wolffsohn hat das RHI hierfür eine bedeutende Persönlichkeit gewonnen. Das Video stellt den „Historiker, Publizist und Brückenbauer“ vor:





Wert der Neugier

Wie offene Fragen die Forschung antreiben

Onur Güntürkün

Prof. Dr. Dr. h.c. Onur Güntürkün leitet die Biopsychologie an der Ruhr-Universität Bochum und erforscht an Menschen und anderen Tieren wie z. B. Tauben, Delfinen und Krokodilen, wie das Denken im Gehirn entsteht.

Ich möchte verstehen, wie das Denken durch Milliarden von gemeinsam aktiven Nervenzellen erzeugt wird. Um diese Frage zu beantworten, stelle ich ähnliche Denkaufgaben an Menschen und andere Tiere und untersuche dabei sowohl ihre kognitiven Strategien als auch ihre Hirnprozesse. Manche von meinen Versuchstieren haben radikal andere Gehirne als wir Menschen. Diese Unterschiede sind Teil meiner Forschungsstrategie. Ich bin davon überzeugt, dass ich den Kern der neuralen Grundlagen des Denkens am besten dadurch identifizieren kann, dass ich Lebewesen mit sehr unterschiedlichen Gehirnen ähnliche kognitive Aufgaben gebe. Dann kann ich diejenigen Hirnmechanismen identifizieren, die sie alle einen und die somit notwendige neurale Kernmechanismen des Denkens sind.

Ich werde oft gefragt, warum ich auch mit Tauben arbeite. Dabei lächeln die Fragenden zuweilen spöttisch. Früher habe ich geantwortet, dass meine Grundlagenforschung eines Tages therapeutische Innovationen für Menschen ermöglichen könnte. Heute sage ich nur, dass ich neugierig bin und die Grundprinzipien des Denkens und des Gehirns verstehen will. Ich sage das nicht, weil ich selbst nicht mehr an meine frühere Antwort glauben würde. Im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass therapeutische Innovationen immer auf die Vorarbeit der Grundlagenforschung angewiesen sind. Aber ich antworte heute anders, weil es schon immer primär die Neugier war, die mich antrieb.

Diese Neugier ist der Ursprung aller wichtigen Erkenntnisse, auf denen unsere moderne Welt aufbaut. Zum Beispiel interessierte sich die Biochemikerin Katalin Karikó dafür, ob es möglich ist, eine einzelsträngige Ribonukleinsäure (RNA) herzustellen, mit der sich der genetische Code für ein Protein in eine Zelle übertragen lässt. Wahrscheinlich wurde auch sie spöttisch gefragt, was das bringen sollte. Wahrscheinlich sprach auch sie von Zeit zu Zeit über vage therapeutische Möglichkeiten. Die Wahrheit, dass sie einfach nur neugierig war, ob sich

RNA künstlich herstellen und übertragen lässt, traute sie sich meist nicht zu sagen. Katalin Karikó war von dieser Frage so besessen, dass sie ihre Forschung in den USA fortsetzte, als sie in ihrem Heimatland Ungarn aus der Forschungsförderung flog. Doch auch in den USA wurde sie wegen fehlender Forschungsmittel

Forschung wünschen. Doch selbst das kann schiefgehen. Der Mathematiker Godfrey Harold Hardy war neugierig auf die vielen offenen Fragen der Zahlentheorie und sich sicher, dass das ganz bestimmt für nichts gut ist. Er lag falsch: Seine Forschung wurde zur Grundlage der Kryptografie, mit der etwa Ihre Bank Ihr Konto vor kriminellen Hackern schützt.

Die meisten der vor COVID-19 Geretteten wissen nicht, dass sie ihr Überleben der Neugier von Katalin Karikó und damit der Grundlagenforschung verdanken.

degradiert, fand Zuflucht in einem anderen Labor und setzte ihre Forschung unter schwierigsten Bedingungen fort. 2023 erhielten sie und ihr Kollege Drew Weissman den Nobelpreis für ihre grundlegenden Entdeckungen in der mRNA-Technologie. Dies machte den COVID-19-Impfstoff möglich und rettete Millionen Menschen das Leben. Die meisten der Geretteten wissen nicht, dass sie ihr Überleben der Neugier von Katalin Karikó und damit der Grundlagenforschung verdanken.

Ohne die durch Neugier getriebene Grundlagenforschung würden die Deutschen nicht durchschnittlich 80 Jahre alt werden, problemlos mit Menschen auf der ganzen Welt kommunizieren und abends zu Hause mit einer Fingerbewegung die Zimmerbeleuchtung aktivieren. Apropos Licht: Als der Experimentalphysiker Michael Faraday am ersten Elektromotor tüftelte, soll ihn der britische Premierminister gefragt haben, wer denn bitte schön so was braucht. Bestimmt lächelte er dabei spöttisch. Faraday soll gesagt haben: »Eines Tages werden Sie Steuergelder dafür bekommen.«

Es gibt Grundlagenwissenschaftler, die sich explizit keine praktische Anwendung ihrer

Es ist für populistische Politiker leicht, mit dem für Laien unverständlichen Titel eines Forschungsantrags Stimmung dagegen zu machen, dass Steuergelder in Forschung fließen, »die keiner braucht«. Spätestens dann sollten wir an den früheren Premierminister erinnern, der so spöttisch über die Forschung von Faraday sprach, als dieser die Grundlagen der heutigen Elektroindustrie schuf. Es ist die Neugier, die Faraday antrieb; die Neugier, die am Anfang von allem stand, womit Menschen die moderne Welt schufen.



»Sie möchten mehr zum RHI wissen, zu unseren Veranstaltungen, Videos und Publikationen? Dann kommen Sie gern auf mich zu und abonnieren unseren Newsletter.«

Brigitte Borrelli
Management-Assistentin





»Mehr forschen, weniger regulieren«

Die deutsche Wirtschaft stagniert, Europa spielt in der Weltpolitik nur eine Nebenrolle. In Zeiten großer technologischer und gesellschaftlicher Umbrüche braucht es ein Umdenken, fordert Prof. Achim Wambach, PhD, Präsident des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und Mitglied im Deutschen Ethikrat, im Gespräch mit RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang.

Herr Prof. Wambach, mit Blick auf die Situation im Nahen Osten, den Krieg in der Ukraine und das angespannte Verhältnis zwischen den USA und China: Wo sehen Sie die geopolitische Rolle Europas aktuell?

Europa mit seiner Vielstimmigkeit ist in einer schwierigen Lage, doch das Fehlen eines starken Zentrums ist auch eine Chance. Europa

fällt es schwer, die Handelspolitik strategisch einzusetzen, um geopolitischen Druck aufzubauen. Diese vermeintliche Schwäche ist eine Stärke: Dadurch wird Europa zu einem verlässlichen und attraktiven Handelspartner für Länder wie Kanada, Indien oder die Mercosur-Staaten, weil sie keine willkürlichen Entscheidungen befürchten müssen.

Was können wir von Akteuren wie den USA und China lernen?

Im Unterschied zu anderen Nationen hat sich Europa auf Spitzenpositionen ausgeruht und dann den Anschluss verloren, etwa in der Biotechnologie oder bei der Digitalisierung. In China sind dagegen in den letzten 30 Jahren einige der führenden Universitäten entstanden. Wir brauchen weniger Regulierung, damit Unternehmen in Europa besser forschen können, und mehr Exzellenzförderung, um in Forschung und Technologie an der Spitze zu sein.

Wie sollte eine erfolgreiche Exzellenzförderung aussehen?

Eine Ausweitung der Mittel und eine Fokussierung der Förderung auf Zukunftstechnologien. Genau die brauchen wir nämlich, um den Innovationsstandort Deutschland zu sichern.

Wo lässt sich jetzt schon mit der Förderung ansetzen, um vielleicht in 20 Jahren die Nase vorn zu haben?

So weit in die Zukunft zu planen, halte ich für schwierig. Hätte man vor 20 Jahren gewusst, was kommt? Im Jahr 2006 fand bei uns die Fußball-WM statt, das »Sommermärchen«. Was war die meistgenutzte App damals? *Es gab noch gar keine Apps!* Die kamen erst zwei Jahre später auf den Markt, und sie haben die Welt verändert.

Wenn das Ziel ungewiss ist, wie können wir dann überhaupt Innovationen fördern?

Wir sollten mehr auf Grundlagenforschung setzen statt nur auf die Industriepolitik. Im Idealfall braucht es gar keine Industriepolitik. Der Markt sollte sich in einem rechtlichen Rahmen frei entfalten können.

Es gibt doch aber Gründe für Industriepolitik – etwa die Sicherung der Lieferketten.

Ganz ohne staatliche Eingriffe geht es auch nicht bei der jetzt anstehenden Transformation. Das fällt unter Strukturanpassungspolitik. Wenn ein Strukturwandel stattfindet, muss er von der Politik begleitet werden. Den bekommen Märkte nicht von alleine hin, weil sie nicht entsprechend reagieren können. Eine allgemeine Industriepolitik dagegen droht zum Einfallstor für alles Mögliche zu werden. Der Staat hat sich schon auf einige Industrien gestürzt, ohne dass das etwas gebracht hätte.

Was muss die Politik aus Ihrer Sicht besser machen?

Momentan ist der Rahmen für Industriepolitik viel zu weit gefasst. Jede Industrie gilt mittlerweile als »strategisch«. Für Unternehmen lohnt es sich, eher Geld in die Regulierungsabteilung zu geben, um mehr Fördermittel abzugreifen, als in Forschung um Entwicklung, um neue Produkte auf den Markt zu bringen.

Hinken wir im Digitalbereich auch deshalb hinterher, weil wir unsere Unternehmen wegreguliert haben?

Fakt ist: Deutschland hat viel höhere regulatorische Auflagen als andere Länder. Wir sollten Industrien wettbewerbsfähig machen, indem wir sie nicht mit Regeln zuschnüren. Und indem wir etwa Start-ups unterstützen und ihnen die Chance geben, sich zu entwickeln.

Mittlerweile betreffen die Krisen fast alle Politikfelder. Wie setzen wir als deutsche und europäische Gesellschaft da unsere strategischen Prioritäten richtig?

Ich würde unterscheiden zwischen akuter *Krise* und langfristigen Herausforderungen, die auch oft als Krise bezeichnet werden. Wir hatten die Coronakrise, die Gaskrise, die Energiekrise – solche akuten Krisen müssen vorrangig gelöst werden. Wir lernen immer noch, wir evaluieren, und natürlich hätten wir manche Dinge besser machen können. Aber im Großen und Ganzen hat sich Deutschland als sehr robust erwiesen und diese akuten Krisen gut bewältigt. Gleich-

zeitig verwenden wir den Begriff *Krise* aber auch für langfristige Entwicklungen: Die Klimakrise etwa ist keine Aufgabe für die nächsten zwei Jahre, sondern für die nächsten 50 bis 100 Jahre. Auch der demografische Wandel zeichnet sich seit 20 Jahren ab. Mit diesen Entwicklungen tut sich die Politik sehr schwer.

Fakt ist: Deutschland hat viel höhere regulatorische Auflagen als andere Länder. Wir sollten Industrien wettbewerbsfähig machen, indem wir sie nicht mit Regeln zuschnüren.

Warum?

Ein Grund mag sein, dass wir Wähler die Politik nicht genug daran messen und die Regierung deswegen andere Prioritäten setzt. Die Regierung hat die Ausarbeitung der Reform der Sozialversicherung wieder an eine Kommission delegiert. Mit etwas Glück kommt am Ende der Legislaturperiode etwas dabei heraus. Aber diese Strukturanpassung brauchen wir dringend! Im Klimabereich ist Europa zwar ganz gut aufgestellt: 2028 werden wir 90 Prozent der Emissionen bepreist haben, das ist schon ein großer Schritt. Das Problem ist dort, dass bisher keine weltweiten Lösungen in Sicht sind.

Roman Herzog Forschungspreis 2027



ROMAN HERZOG
[20 FORSCHUNGSPREIS
27 Soziale Marktwirtschaft

**Einsendeschluss
ist der 31.12.2026.
Alle Infos zur
Bewerbung gibt
es hier:**

Ausgezeichnet werden drei aktuelle wissenschaftliche Forschungsarbeiten, die einen Beitrag zur Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leisten. Bewerben Sie sich!





Mehr Resilienz wagen

Für ein erweitertes Verständnis der wehr- haften Demokratie

Sabine Kropp

Prof. Dr. Sabine Kropp ist Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und leitet dort den Arbeitsbereich Politisches System der Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Demokratie durchlebt schwierige Zeiten. Auf die im Jahr 2026 anstehenden Landtagswahlen folgen voraussichtlich komplizierte Regierungsbildungen. Populistische und extremistische Parteien könnten insbesondere in Ostdeutschland als stärkste Kraft hervorgehen oder zumindest so umfassend in den Landesparlamenten repräsentiert sein, dass die programmatisch heterogenen Parteien im demokratischen Spektrum in sich fragile Koalitionen eingehen müssen. Selbst wenn Letzteres gelingen sollte, ist nicht ausgeschlossen, dass die bestehende Verfassungsordnung einem Stresstest ausgesetzt wird, der die Handlungsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats ausgerechnet in Krisenzeiten weiter schmälert. Somit mehren sich die Vorschläge, wie man die Verfassungsordnung »wetterfest« ausgestalten kann.

Die Debatte über den Umgang mit autoritär-populistischen Kräften wird zumeist mit dem Argument geführt, die Demokratie müsse »wehrhaft« sein. Dieses Konzept hat in Deutschland eine lange Vorgeschichte. Von Karl Loewenstein bereits 1937 im US-amerikanischen Exil konzipiert, fanden Elemente wie das Parteienverbot, die Grundrechtsverwirkung oder der Bundeszwang nach Kriegsende Eingang in das Grundgesetz. Die junge bundesdeutsche Demokratie sollte gegen ihre inneren Feinde mit einem scharfen Schwert ausgestattet werden.

Diese Idee ist jedoch defensiv und reaktiv ausgelegt, geht es ihr doch zuvörderst darum, die Feinde der Demokratie abzuwehren. Entsprechende Maßnahmen sind auf Verbote und die Ausgrenzung von Verfassungsfeinden gerichtet. Gleichzeitig vermischt sich diese Debatte mit der in Deutschland tief verwurzelten Einstellung, man könne politische Probleme vorrangig mit den Mitteln des Rechts lösen.

Die Instrumente der »Wehrhaftigkeit« sind im Einzelfall sinnvoll, um den demokratischen Rechtsstaat rechtzeitig vor dem Übergang in einen autoritären Willkürstaat zu bewahren.

Staatsmodernisierung und institutionelle Anpassungen des demokratischen Rechtsstaats müssen den Spagat bewältigen, einerseits die Demokratie »wehrhaft« zu sichern und andererseits eine leistungsfähige Politik zu ermöglichen.

Allerdings machen sie die demokratische Ordnung nicht unbedingt resilient. Resilienz bedeutet, dass sich Institutionen an neue Herausforderungen anpassen können, ohne die demokratische Substanz aufzugeben. Veränderungsfähigkeit, nicht nur die Abwehr von Verfassungsfeinden, ist demzufolge der Schlüssel zur widerstandsfähigen Demokratie. Nur wenn Institutionen flexibel, vorausschauend und anpassungsfähig agieren können, sind sie in der Lage, die anhaltenden und sich überlagernden Krisen und Herausforderungen der Gegenwart zu meistern. Die Bürger erwarten von ihren gewählten Repräsentanten eben nicht zuletzt die Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Das Kernargument lautet somit: Staatsmodernisierung und institutionelle Anpassungen des demokratischen Rechtsstaats müssen den Spagat bewältigen, einerseits die Demokratie »wehrhaft« zu sichern und andererseits eine leistungsfähige Politik zu ermöglichen. Ansonsten erzielen demokratische Institutionen keine dauerhafte demokratische Legitimität.

Damit verbunden sind drei Überlegungen. Erstens werden neue Regeln eher akzeptiert, wenn sie keinen unmittelbaren zeitlichen Anwendungsbezug aufweisen. Idealerweise sind sie also nicht nur kurzfristig gegen eine extremistische politische Kraft gerichtet, sondern gewährleisten gleichzeitig eine langzeitliche

Fähigkeit zur Problemlösung. Zweitens sind gründliche Folgenabschätzungen unverzichtbar, um zu vermeiden, dass veränderte Entscheidungsregeln Wirkungen erzeugen, die ihre ursprünglichen Ziele ins Gegenteil umkehren. Da sich die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten schneller denn je verändern, können solche kontraproduktiven Effekte nicht ausgeschlossen werden. Drittens bedarf es einer ehrlichen Kommunikation der politisch Verantwortlichen. Schnelle Problemlösungen sind in komplexen Krisenlagen unrealistisch. Der Demokratie verpflichtete Repräsentanten sollten insofern keine kurzfristigen Versprechungen abgeben, sondern glaubhaft verdeutlichen, dass sie Politik als kontinuierliche Arbeit an öffentlichen Aufgaben begreifen.

Angesichts der Mobilisierungserfolge autoritärer Populisten und der wachsenden Bindung der Wähler an extreme Parteien bietet all dies zwar keine Gewähr zum Besseren. Gleichwohl könnten so die Vorzüge des demokratischen Rechtsstaats wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.



»Mein Name ist Tina Maier-Schneider, wissenschaftliche Referentin beim RHI. Alle zwei Wochen neu können Sie mich im persönlichen Gespräch mit namhaften Expert*innen hören. Zu den Podcasts geht's hier direkt per Klick oder QR-Code.«





Lebensschutz

Zwischen Freiheit und Pflicht

Kerstin Schlögl-Flierl

Prof. Dr. Kerstin Schlögl-Flierl ist Lehrstuhlinhaberin für Moraltheologie (Ethik) an der Universität Augsburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Klima-, Umwelt- und KI-Ethik. Seit 2020 ist sie Mitglied im Deutschen Ethikrat, seit 2024 korrespondierendes Mitglied der Päpstlichen Akademie für das Leben.

Gefragt nach einem Thema, das im Jahr 2026 gesellschaftlich neu und anders diskutiert werden sollte, musste ich nicht lange überlegen. Als katholischer Theologin kommt mir – nach den Diskussionen in der ersten Jahreshälfte 2025 um den Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB) – der Lebensschutz in den Sinn. In der Debatte um den Schwangerschaftsabbruch auf sachliche Weise für den Lebensschutz einzutreten, ist aktuell eine ungewöhnliche, jedenfalls seltene Position. Der gegenwärtige mediale, politische und wissenschaftliche Diskurs ist eher durch das Selbstbestimmungsparadigma der Frau auf der einen und einen Lebensrechtsaktivismus auf der anderen Seite geprägt.

Es mag eine erwartbare Position sein, als katholische Moraltheologin die Frage nach dem Lebensschutz zu stellen. Wie aber kann ich das noch tun als Frau im Jahr 2026? Steht das nicht im Widerspruch zu der immer noch (besonders im katholischen Bereich) zu erringenden Gleichbehandlung der Geschlechter? Was treibt mich an, nach dem Status des Ungeborenen zu fragen? Zu fragen: Wo bleibt das Ungeborene – und ich schreibe bewusst nicht Kind – in der Debatte? Begebe ich mich da gar ins Fahrwasser der AfD, die bei der Frage »Lebensschutz versus Selbstbestimmung der Frau« ähnliche Positionen für sich beansprucht wie die offizielle Ansicht der katholischen Kirche? Nein.

Wir sollten an dieser Stelle die Kritik am westlichen, kapitalistischen Individualismus, die ansonsten gerade von feministischer Seite zu Recht eingebracht wird, zugunsten eines relationalen Verständnisses des Menschen und seiner Freiheit ernst nehmen. Jeder Mensch existiert in Beziehungen und verdankt sich diesen. Deswegen greift die Kontroverse »Selbstbestimmungsrecht der Frau versus Lebensschutz des Ungeborenen« zu kurz.

Warum verteidige ich den Lebensschutz? Die erwartbare theologische Formulierung wäre die Rede vom »Geschenk Gottes« ... Aber was ist

damit gewonnen? Ketzerisch würde ich sagen, Geschenke kann man zurückgeben oder umtauschen. Sicherlich, das ist nicht gemeint. Ich finde einen Begriff wie »Anvertrauen« besser. Schwangerschaft betrachte ich als einen Vorgang des Anvertrauens. Das gilt im Besonderen für Personen, welche die Schwangerschaft bewusst gewählt oder ermöglicht haben. Es eröffnet sich eine Beziehung – sei sie gewollt, körperlich oder emotional.

Es handelt sich um eine Situation der Bezo-genheit. Nicht *nur* mein Bauch gehört mir, sondern dieses Ungeborene gehört mir, übersetzt: ist mir »an-vertraut«. Es gilt, ein Doppelmandat für das Ungeborene und die werdenden Eltern einzunehmen. Es gilt, in der Debatte dieses Anvertrauen abzubilden, ohne es gegen die Gewissensfreiheit derjenigen auszuspielen, die in einem Schwangerschaftskonflikt eine existenzielle Entscheidung trifft.

Wie verteidige ich diese spannungsreiche Position?

- Indem ich die **Mittelwahl** thematisiere: keine Bilder von abgetriebenen Föten, kein Marsch für das Leben, keine Gehsteigbelästigungen (ist nun rechtlich geregelt), keine Ultraschallbilder in der Schwangerschaftskonfliktberatung.
- Indem ich die **Folgen** für eine Änderung aufzeige: Fällt die ergebnisoffene Pflichtberatung – nicht »Zwangsberatung«, wie man allerorten hört –, so entgeht der Frau

»
Es gilt, in der Debatte dieses Anvertrauen abzubilden, ohne es gegen die Gewissensfreiheit derjenigen auszuspielen, die in einem Schwangerschaftskonflikt eine existenzielle Entscheidung trifft.
«

ein »Möglichkeitsraum«, ein Leben mit dem Kind zu imaginieren und damit Zwangssituationen, etwa durch Umfeld und finanzielle Lage, auszuschließen. Den Mehrwert für die Frau hat die Expertenkommission der Bundesregierung 2024 in ihrem Abschlussbericht gezeigt: vor der Beratung eine Gängelung, nachher eine Bereicherung in den Augen der beratenen Frauen.

- Indem ich die **Grundsatzfrage** stelle: Was ist das Ziel? Ich würde den Paragraphen 218 StGB gern beibehalten, sogar verbessern (Beratung bei der medizinischen Indikation, diese selbst überdenken). Der Paragraph ist eine Quadratur des Kreises. Die Frau in ihren Selbstbestimmungsrechten zu stärken und den grundrechtlichen Schutz des Lebens mittels Pflichtberatung hochzuhalten – beides ist wichtig und berechtigt. Beides sind rechtlich abzusichernde hohe Güter, weder das eine noch das andere darf unter den Tisch fallen. Das erfordert Diskurskompetenzen. Diese wünsche ich uns für das Jahr 2026.

Gespräche über Religion und Ethik

Prof. Dr. Markus Vogt im Interview.





Vor fast 30 Jahren hielt der Bundespräsident Roman Herzog die Ruckrede, auf die sich auch der gegenwärtige Kanzler beruft. Gerade jetzt in Zeiten vieler miteinander verbundener Krisen und Kriege und hoher Unsicherheit lohnt es sich, sie wieder zu lesen. Sonst stellen wir beim Jubiläum im Frühjahr 2027 fest, wie wenig wir verändert und erreicht haben. Der Bundespräsident sprach damals im Hotel mit Blick durchs Fenster auf eine sich entwickelnde neue Mitte Berlins. Er warf dem Land Mutlosigkeit, Krisenszenarien, Regulierungswut, Bürokratismus vor. Er empfahl ihm, streit- und konfliktfähig zu werden.

Demokratie

Wie ein Ruck durch die Mitte gehen kann

Andreas Zick

Es ist eine Rede zur Wiedervorlage. Sie verlangt Beachtung angesichts der Befunde unserer Forschungen. Wir untersuchen die demokratischen und antidemokratischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Dabei fragen wir, wie Krisen die Mitte beeinflussen – eine Mitte, der sich erfreulicherweise wieder mehr Menschen zugehörig fühlen. Schließlich stützt sich der deutsche demokratische Föderalismus auf das Modell der Mitte, auch wenn sie schwer bestimmbar ist. Wir führen ein Konfliktmonitoring durch und fragen, welche Konflikte Menschen wahrnehmen und wünschen. Dabei ermitteln wir auch, ob sie eher konstruktive oder schädigende Konfliktlösungen in ungewissen Zeiten suchen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre mahnen zur Wachsamkeit und zur Suche nach besseren Wegen. Politische und öffentliche Institutionen haben massiv an Vertrauen eingebüßt – das wichtigste Kapital, welches Bürger in Politik und Institutionen investieren können. Hass, Hetze und auch die politische Gewalt haben in Deutschland ein alarmierendes Ausmaß erreicht. Viele sind Opfer und empfinden das als bedrohlich. Extremismus und Populismus treiben die Gesellschaft, prägen Debatten und vergiften das Klima. Völkisches Gedankengut dringt stärker in die Mitte vor, begünstigt durch schwindende historische Erinnerung und populistische Verdrehungen. Erstmals zeigt unsere Forschung, dass mehr Menschen dafür

Prof. Dr. Andreas Zick ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Er baut dort eine Konfliktakademie und ein Center for Uncertainty Studies auf.

sind, einen Schlussstrich unter die Geschichte des Nationalsozialismus zu ziehen, als dagegen sind. Große Teile der Mitte bewegen sich im Graubereich ambivalenter »Teils-teils-Haltungen«. Sie akzeptieren autoritäre Verlockungen, bevorzugen striktes Durchregulieren und vernachlässigen die Chancen, auf ungenutzte Kompetenzen zu setzen.

In der Konflikt- und Gewaltforschung identifizieren wir Schwachstellen und Wendepunkte der Demokratie. Gleichzeitig prüfen wir, wo und wie gegengesteuert werden kann, um notwendige Konflikte, die Veränderungen erzeugen, konstruktiv zu lösen. In ungewissen Zeiten sind demnach zwei Wege Erfolg versprechend.

Erstmals zeigt unsere Forschung, dass mehr Menschen dafür sind, einen Schlussstrich unter die Geschichte des Nationalsozialismus zu ziehen, als dagegen sind.

- Erstens: Menschen, die sich trotz Krisenbetroffenheit nach Expertise und Rat umsehen, an Solidarität orientieren und an die Schwächsten denken, sind demokratiefester und hoffnungsvoller als jene, die die Gesellschaft abschließen möchten und auf autoritäre Führung wie Besitzstandswahrung hoffen.
- Zweitens: Unser Konfliktmonitor zeigt, dass jene, die positiv in die Zukunft blicken, konstruktiver mit Konflikten umgehen und sie als Chance sehen. Dagegen neigen jene, die negativ nach vorn schauen, dazu, Konflikte zu vermeiden, einfache Lösungen zu suchen und zugleich die Regierungsfähigkeit infrage zu stellen.

Bildung, wie sie Roman Herzog in seiner Rede angemahnt hat, kann helfen, angemessene Wege der Navigation unter Ungewissheit zu vermitteln. Vielleicht sollten wir auch jene Menschen, die den anstrengenden Weg in unsere Gesellschaft geschafft haben, fragen, wie sie das geschafft haben, und daraus lernen?

Roman Herzog forderte: »Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von lieb gewordenen Besitzständen.« Ist das Land heute dazu bereit? Falls ja, dann sollten wir dieses »Wir« weltoffen denken, wie Herzog mahnte, und motiviert neue Bündnisse der Demokratieengagierten schmieden. Wir könnten weniger auf jene hören, die meinen, Deutschland schaffe sich ab. Herzog rief zu einem neuen Gesellschaftsvertrag auf – eine hoffnungsvolle Zukunftsvorstellung. Das Wertefundament des Grundgesetzes bietet dafür einen verlässlichen Ausgangspunkt.

Zwei Staatsformen

Der Philosoph Günter Fröhlich untersucht die Geschichte von Demokratie und Autokratie von der Antike bis heute.



Apl. Prof.
Günter Fröhlich

RHI-
Position





Verfassungstreue

Ein Problem mit historischen Wurzeln

Vanessa Conze

Prof. Dr. Vanessa Conze ist Inhaberin des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der KU Eichstätt-Ingolstadt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte politischer Loyalitäten und der Demokratie, der europäischen Integration und der Vergnügungskultur.

Seit der (bis zur gerichtlichen Klärung ausgesetzten) Einstufung der AfD als »gesichert rechtsextrem« durch den Verfassungsschutz hat sich die Debatte über die Frage verschärft, ob AfD-Mitglieder Beamte sein können. Grundsätzlich gilt: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, ist – nicht nur im Lichte der deutschen Geschichte – notwendig und gehört zur wehrhaften Demokratie. Der Beamtenstatus erfordert Verfassungstreue und politische Neutralität (im Dienst). Jedoch ist die AfD bisher nicht verboten. Ein AfD-Mitgliedschaftsverbot für Beamte wäre daher derzeit schwer zu rechtfertigen.

Das Problem der Verfassungstreue von Beamten ist nicht neu. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entbrannten Konflikte um das Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Souveränitätsanspruch und dem Recht auf Meinungsfreiheit. Etabliert wurde schließlich eine Verpflichtungsform, die in Grundzügen bis heute erhalten ist. Sie besteht aus einer Kombination von disziplinarrechtlichen Regeln, die ein verfassungstreu Verhalten normativ rahmen, und einem Diensteid. Dieser Eid soll die Beamten in ihrem Gewissen binden und ihr Verhalten lenken. In Deutschland verlangten alle politischen Systeme im 19. und 20. Jahrhundert – ob monarchisch, republikanisch, diktatorisch, autoritär oder demokratisch – die Verteidigung ihrer Beamten.

Mit dem Eid schwören Beamte, »treu« zu sein. Aber was meint das? Der Begriff der »Treue« konnte historisch variabel mit ganz unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden. Wem die Treue zu gelten hatte, auf welche Werte sie sich bezog, wurde von unterschiedlichen politischen Systemen unterschiedlich beantwortet. Während die Beamten des Kaiserreichs schworen, dem Kaiser »treu und gehorsam« zu sein, mussten sie seit 1919 der Reichsverfassung Treue schwören. Viele der im Kaiserreich sozialisierten, meist monarchisch gesinnten Beamten sahen in der Eidesformel politischen Zwang zur Verpflichtung auf den republikanischen Staat und seine demokratischen Werte.

Der Gesetzgeber legte nach 1945 fest, dass Beamte die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen hatten.

Für die junge Republik war es wiederum unabdingbar, sich der Treue der Beamten zu versichern, die zu weiten Teilen aus der Monarchie übernommen wurden.

Der Nationalsozialismus trieb die Politisierung und Ideologisierung der Treuepflicht auf die Spitze. Er verlangte von seinen Staatsdienern absolute Treue, personalisiert im »Führereid« auf Adolf Hitler. Die Erfahrungen führten nach 1945 in der Bundesrepublik zu einer intensiven Diskussion über das Widerstandsrecht und die Gewissensfreiheit, aber auch die Notwendigkeit konsequenten Verfassungsschutzes. Einerseits sollten Staatsdiener nicht wieder mit einem absoluten Treueanspruch konfrontiert werden. Andererseits wollte die Bundesrepublik ihre Demokratie gegenüber extremistischen Kräften sichern. Der Gesetzgeber legte daher fest, dass Beamte auf dem Boden des Grundgesetzes die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen hatten. Auf das Wort »Treue« aber verzichtete man auf Bundesebene, wenn auch nicht für das Militär.

Die Neuregelung räumte das grundsätzliche Konfliktpotenzial indes nicht aus. Vor allem in den 1970er Jahren kam es zu langwierigen Auseinandersetzungen um den sogenannten »Radikalenerlass«. Um – nach 1968 – die tatsächliche oder vermeintliche Unterwanderung durch Linksextremisten zu verhindern, wurde bis in die 1980er Jahre hinein jeder Bewerber per Regelanfrage beim Verfassungsschutz überprüft. Gegner sprachen von »Gesinnungsschnüffelei« und »Berufsverboten«.

Deutlich ist, dass das Problem Verfassungstreue von Beamten nur durch klare normative Vorgaben zu lösen ist. Aber worauf sich diese Vorgaben beziehen, muss konkretisiert und immer wieder neu bestimmt werden. Das schafft Konfliktpotenzial. Solange die AfD nicht verboten ist, wird die Ausgrenzung von Parteimitgliedern gesellschaftlich nicht mehrheitsfähig sein. Kritiker würden das als politische Instrumentalisierung und Ungleichbehandlung delegitimieren. Die AfD, die sich ohnehin gern als Opfer inszeniert, würde es für sich zu nutzen wissen. So steht zu befürchten, dass ein auf unklaren und juristisch nicht belastbaren Kriterien beruhendes Verbot einer Parteimitgliedschaft für Beamte der Partei mehr dienen würde als dem Ziel, die Verfassung zu schützen.

Literaturfrühstück mit Prof. Julian Nida-Rümelin



Gerechtigkeit bildet die Grundlage für funktionierende politische Ordnungen. Allerdings ist die Debatte, was gerecht ist, ideologisch aufgeladen. Im RHI-Literaturfrühstück versachlicht Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin die Diskussion. Schauen Sie rein!





Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig bei ihrer Roman Herzog Lecture.

Gerechtigkeit als globale Aufgabe

Roman Herzog Lecture 2025

Gerechtigkeitsthemen bestimmen zunehmend die internationalen Beziehungen. Über die Notwendigkeit, faire Lösungen in einer von Krisen und Konflikten erschütterten Welt zu finden, sprach die Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig bei der Roman Herzog Lecture am 9. Oktober 2025 in München.

»Um die aktuellen geopolitischen Entwicklungen einzuordnen, reicht ein intuitives Gerechtigkeitsempfinden nicht aus«, sagte der RHI-Vorstandsvorsitzende Randolph Rodenstock zum Auftakt der Veranstaltung. »Gerechtigkeit ist zu einem Wieselwort verkommen, das beliebig gedeutet wird.« Es sei an der Zeit, das Thema zu versachlichen und wissenschaftlich zu durchdringen.

Dieser Aufgabe stellte sich Barbara Zehnpfennig, emeritierte Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau, auf Einladung des Roman Herzog Instituts. Ihre akademischen Erfolge und ihre Verdienste um Demokratie und Rechtsstaat, für die sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden ist, würdigte Karlfriedrich Herb, emeritierter Professor am Lehrstuhl für Politische Philosophie und Ideengeschichte der Universität Regensburg, in seiner kurzen Einführung.

In Ihrem Vortrag ging Zehnpfennig auf die ideengeschichtlichen Grundlagen des Gerechtigkeitsbegriffs und seine verschiedenen Interpretationen ein. »Gibt es überhaupt ein Wissen von Gerechtigkeit – oder nur Meinungen über sie?«, fragte die Politikwissenschaftlerin. Die Suche nach der wahren Gerechtigkeit hält sie für anspruchsvoll. Schließlich seien im Allgemeinen die jeweils eigenen Interessen ausschlaggebend dafür, was als gerecht oder ungerecht wahrgenommen wird. Das führe unweigerlich zu Interessenskonflikten.

denn auch die Zusammenarbeit auf globaler Ebene. Das macht sich vor allem in übernationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Internationalen Währungsfonds bemerkbar. Diese Gremien, die sich um gerechte Lösungen zur Friedenssicherung bemühen oder die gemeinsame Währungspolitik fördern sollen, sind auf die freiwillige Kooperation ihrer Mitglieder angewiesen. Obwohl gemeinsame Regeln existieren – etwa die Menschenrechte, das Völkerrecht oder das internationale Strafrecht –, fehlt es an wirklichen Mitteln, diese auch durchzusetzen.

ROMAN HERZOG INSTITUT

LECTURE

**INTERNATIONALE
GERECHTIGKEIT**

PROF. DR. BARBARA ZEHPFENNIG






Prof. Dr.
Karlfriedrich
Herb führt
in das
Thema ein.



Hinzu kommt: Während Gerechtigkeit nach demokratischer Lesart als »Bündnis unter Gleichen« definiert wird, das auf Kompromiss und Ausgleich beruht, gilt sie im autokratischen Sinn eher als naturgesetzliches »Recht des Stärkeren«. In dem Maß, wie autokratische Regime weltweit auf dem Vormarsch sind, gerät der Experte zufolge deshalb auch unser demokratisch geprägtes Verständnis von Gerechtigkeit zunehmend unter Druck.

Auseinanderklaffende Gerechtigkeits-Vorstellungen und nationale Egoismen erschweren

In dieser mangelnden Verbindlichkeit sieht Zehnpfennig das große Manko im globalen Streben nach Gerechtigkeit. Dennoch hält sie es nicht für vergebens: »Gerechtigkeit ist ein Prinzip, das alle Menschen und alle Staaten miteinander verbindet. Wir kommen ohne sie nicht aus!« Diesen Gedanken griff Gastgeber Rodenstock zum Abschluss noch einmal auf. »Das Nachdenken über Gerechtigkeit scheint heute wichtiger denn je«, sagte er. »Unser abstraktes Verständnis von Gerechtigkeit müssen wir dabei immer wieder an der Realität überprüfen und schärfen.«

Mit der Roman Herzog Lecture hat das RHI ein neues Format eingeführt. Als Vorlesung vor einem kleinen Publikum soll die Lecture künftig einmal jährlich stattfinden und das jeweilige RHI-Jahresthema aufgreifen. »So wollen wir regelmäßig einen Impuls zu einem gesellschaftspolitisch relevanten Thema setzen. Das führt die Tradition Roman Herzogs fort, der durch das gesprochene Wort – durch Reden und Vorträge – in die Öffentlichkeit gewirkt hat«, erklärte RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang.

Ausblicke

Martin Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut



»
**In einer Demokratie kommt das
Wichtige vor dem »nur« Notwendigen.**
«

Das Roman Herzog Institut widmet sich im kommenden Jahr dem Themenbereich »Gefährdete Demokratien«. Darin geht es um aktuelle Fragen, die uns alle betreffen: Was macht eine liberale Demokratie im Kern aus? Wodurch ist sie gefährdet? Und wessen bedarf es, um sie zu schützen?

Ein demokratisches System ist kein ehernes Gebilde. Demokratien sind lebendige Systeme, die historisch unterschiedlich gewachsen sind und stetig angepasst werden. Die Geschichte lehrt uns auch: Demokratien sind nicht von Natur aus stabil. Auf relativ ruhige Phasen folgen instabile, besonders bei bürgerlichen Wohlstandsverlusten.

Doch was macht eine Demokratie eigentlich aus? Entgegen populären Stereotypen ist es nicht der Mehrheitswille, denn dieser kann schwanken. Demagogen können verführen, Wähler ihren Launen freien Lauf lassen. Eine Demokratie, so wie sie im Westen als Ideal erkannt wird, ist zuallererst an objektive Normen gebunden. Diese Erkenntnis ist in Deutschland durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs besonders tief verankert. Den Müttern und Vätern des Grundgesetzes war klar: Eine Demokratie braucht mehr als Verfahren – sie braucht Werte. Menschenwürde, allgemeine Grundrechte oder das Rechtsstaatsprinzip sind übergeordnet und gehen dem politischen Willen einer Mehrheit voraus. Sie machen ihn überhaupt erst möglich.

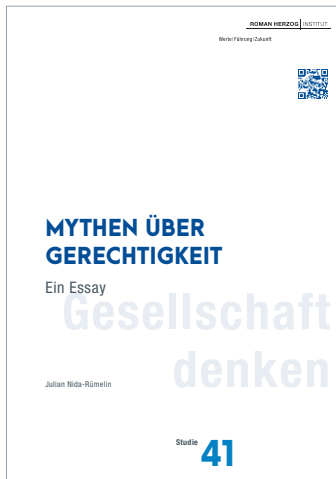
Anders ausgedrückt: In einer Demokratie kommt das Wichtige vor dem »nur« Notwendigen.

Doch die Werteordnungen liberaler Demokratien stehen bekanntlich weltweit unter Druck. Revisionistische Mächte mit alten und neuen Ideologien konkurrieren dabei mit dem internationalen Islamismus. Rechts- wie Linksextremisten locken in Zeiten der Unsicherheit mit vermeintlich eindeutigen Antworten. Eine Gefahr sind auch quasi-religiöse Visionen einer digital vernetzten Welt, in der künstliche Intelligenzen für uns entscheiden.

Klar ist: Das Kippen einer Demokratie geht immer mit Wohlstandsverlusten einher und die Wirtschaftsgeschichte kennt viele Gründe für ökonomische Schwächen. Sie liefert aber auch eine bislang unwiderlegte Lehre: Der sicherste Weg, gesellschaftlichen Wohlstand zu vernichten, liegt in der Beschränkung allgemeiner Freiheiten. Und gerade diese Freiheiten verkörpern die Werteordnungen der westlichen Demokratien.

Manchmal spüren wir ein Unbehagen ob der Instabilität unseres politischen Systems. Denn vielleicht zittern die Zweige vor unseren Augen nicht nur vom Wind. Vielleicht rührt die Unruhe aus den Wurzeln selbst, die erschüttert werden. 2026 wollen wir diese Krise unserer Demokratie untersuchen. In unseren Veranstaltungen, Publikationen und digitalen Formaten laden wir Sie ein, mit uns zu denken.

RHI-Publikationen



Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Impressum

Roman Herzog Institut e.V.
(Herausgeber)
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

V. i. S. d. P.: Dr. Martin Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e.V.
Registernummer VR 18988,
Vereinsregister München,
Amtsgericht München

Redaktion: Michael Aust,
Dr. Martin Lang, Tina Maier-
Schneider, Martina Martschin

Fotos: Cover: Klaus D. Wolf, Evoto,
Albrecht Fuchs, Philipp Ottendörfer,
Christine Heinemann, JGU Presse-
stelle; Umschlag, S. 1, 3, 5, 7,
11, 18, 19, 20: Flo Huber; S. 4:
Peter-Andreas Hassiepen; S. 6:
Marion Nelle; S. 8: Anna Logue;
S. 10: Bernd Wannenmacher;
S. 12: Nicolas Schnall; S. 14: Uni
Bielefeld; S. 16: Klaus D. Wolf

Zitate aus dieser Publikation sind
unter Angabe der Quelle zulässig.

© RHI 12/2025



Folgen Sie
uns auf ...



ROMAN HERZOG
[**20 FORSCHUNGSPREIS**
27 Soziale Marktwirtschaft

Ideen nach vorne bringen
Initiative ergreifen
Zukunft gestalten

Preisträger:innen gesucht!

Das Roman Herzog Institut wurde 2002 auf Initiative von Bundespräsident a. D. Roman Herzog und Prof. Randolf Rodenstock gegründet. Der Think Tank bearbeitet gesellschaftliche Fragestellungen aus multidisziplinären Perspektiven. Im Jahr 2027 vergibt das Institut zum 14. Mal den

Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft

Der Preis ist mit 35.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden drei aktuelle wissenschaftliche Forschungsarbeiten, die einen Beitrag zur Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leisten. Einsendungen aus allen Fachbereichen sind gewünscht.

Angenommen werden Dissertationen sowie Habilitationsschriften in deutscher oder englischer Sprache. Die Altersbeschränkung liegt bei 40 Jahren. Elternzeiten werden angerechnet. Kumulative Beiträge sind eingeschlossen.

Bewerbungsschluss ist der 31.12.2026



Informationen und Teilnahmebedingungen:
romanherzoginstitut.de/forschungspreis

ROMAN HERZOG | INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft